

verwerfen entschieden die „unfriedliche Koexistenz“, diesen Bonner Aufguß der Dulles-Doktrin des kalten Krieges und des „Balancierens am Abgrund des Krieges“ als eine Politik, die zur Katastrophe eines Atomkrieges führt.

„Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerender Krieg - nur so steht heute die Frage. Einen anderen Weg gibt es nicht.“¹

Angesichts der Verstärkung der Positionen der Kräfte des Friedens und des Sozialismus, des wachsenden Widerstandes gegen die Atomrüstung und den Revanchismus in Westdeutschland erachtet es die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands für möglich, daß auch in Westdeutschland, dieser Hochburg des Militarismus, die Friedenskräfte Schritt für Schritt das Übergewicht gewinnen. Entsprechend dem großartigen Programm der Sowjetregierung für allgemeine und vollständige Abrüstung gilt es, in Westdeutschland die Bewegung gegen den Atomtod, für die vollständige Abrüstung, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und für die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt mächtiger und einheitlicher als bisher zu entfalten. Die deutschen Friedenskräfte leisten damit einen positiven Beitrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung in der Welt, zur allumfassenden Bewegung für eine Welt ohne Waffen.

Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik hat zum Inhalt, durch die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und die breiteste Entwicklung der Friedensbewegung die Bonner Regierung zu veranlassen, auf den friedlichen Wettbewerb, auf friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten einzugehen.

Das Zentralkomitee bestätigt und begrüßt einmütig den Vorschlag des Ersten Sekretärs und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Walter Ulbricht, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der Herbeiführung eines normalen Zusammenlebens der beiden deutschen Staaten und zur Verhinderung der weiteren Vertiefung der Spaltung Deutschlands folgendes Angebot der Bonner Regierung unterbreitet:

1. Abschluß eines Friedens für zehn Jahre. Verzicht auf Gewaltanwendung in dieser Zeit.
2. Einstellung jeglicher Kriegspropaganda und Vereinbarung eines Rüstungsstopps in Deutschland.
3. Fortführung des Handelsvertrages mit Westdeutschland und der Zusatzabkommen.

¹ Ebenda, S. 36.